



ZWEI VERLETZTE - HERKUNFT DES TÄTERS NOCH UNKLAR

Eilt: Polizei erschießt Messerstecher auf Flensburger Bahnhof

Die Polizei hat auf dem Flensburger Bahnhof einen Messerstecher erschossen. Der Mann hatte zuvor im IC von Hamburg nach Flensburg, aus Köln kommend, eine andere Person mit dem Messer attackiert und schwer verletzt, [meldet BILD](#).

Gegen 19 Uhr wurde die Polizei alarmiert. Als der Zug um 19.06 Uhr in Flensburg einlief, kamen nach bisher unbestätigten Angaben zwei Polizisten dazu. Der Angreifer soll dann eine Polizistin attackiert und verletzt haben, ihr Kollege habe den Mann daraufhin erschossen.

Unklar ist nach verschiedenen Medienberichten, ob es im Zug Hamburg-Flensburg zwei schwerverletzte Personen gegeben hat.

Der Zug steht aktuell im Bahnhof von Flensburg, das Gebiet wurde weiträumig abgesperrt, es fahren aktuell keine Züge. Rettungskräfte und Polizei sind mit einem Großaufgebot vor Ort. Die Hintergründe des Verbrechens und der genaue Tathergang sind aktuell noch unklar, die Bundespolizei leitet die Ermittlungen.



Mehr als 100 Raketen und Mörsergranaten in 24 Std. auf Israel

Von Dienstag bis in die frühen Mittwochmorgenstunden feuerten die Terrorbanden der Hamas und der Islamic Jihad Group rund 130 Raketen und Mörsergranaten auf Israel ab. Es war das heftigste Bombardement aus Gaza seit 2014, so Oberstleutnant Jonathan Conricus, ein Sprecher der israelischen Verteidigungskräfte (IDF). Nur dank der israelischen Raketenabwehr erreichten die islamischen Terroristen nicht das angestrebte Ziel großer Zerstörung.

„Palästinensischen“ Medienberichten zufolge soll am Mittwochmorgen ein Waffenstillstand verhängt worden sein. Das wurde [von Israel jedoch nicht bestätigt](#). In Israel heulten hingegen die ganze Nacht die Sirenen.

Die meisten Geschosse wurden entweder von Iron Dome abgefangen oder sie landeten, dank mangelnder Präzision der Islamfachkräfte, auf Feldern. Dennoch wurde in der Stadt Netivot ein [Kindergarten getroffen](#). Wäre das Geschoss nur etwas früher eingeschlagen, als noch Kinder da spielten, hätte es wohl viele Tote gegeben.

Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu berief am

Dienstag die Sicherheitschefs ein. Israel Katz, Minister des israelischen Nachrichten- und Geheimdienstes sagte, Israel befinde sich „an der Schwelle des nächsten Krieges“.



IDF-Grafik zum Angriff auf Israel.



„Iron Dome“ bei der Arbeit.

Die israelische Armee hat als Reaktion auf die Angriffe 65 Ziele im Gazastreifen angegriffen. Man sei nicht an einer weiteren Eskalation der Situation interessiert, erklärte ein Sprecher der Armee. Seither ist wieder größtenteils Ruhe im Karton.

Die USA habe für Mittwochabend eine Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen einberufen, heisst es. Aus dem deutschen Kanzleramt ist dröhnendes Schweigen zu vernehmen, da wird sich, ebenso wie in den Lügenmedien, nur empört wenn Israel sich schlagkräftig zur Wehr setzt.

ZEIT ONLINE twitterte etwas von „Aktivisten“, so als hätte jemand ein Banner auf einer Autobahnbrücke gespannt:



Der Tweet ist mittlerweile nicht mehr aufrufbar, vielleicht weil Volker Beck sich auch als „Aktivist“ sieht und, ebenfalls [auf Twitter darauf bestand](#), noch nie Mörsergranaten abgefeuert zu haben.

Alles also ein Riesenspaß oder einfach gar nicht passiert, für die linken Spezialisten im Auffinden von „Nazis“ und Judenhassern in Deutschland. Wenn es darum geht, dem islamischen Willen zur Vernichtung Israels entgegenzutreten entpuppt sich diese Solidarität mit den Juden immer als Camouflage, die nur die aktive Förderung der islamischen Mord-„Buben“ und ihrer „Friedensreligion“ verdecken soll. (lsg)



Merke's BAMF und das Hornberger Schießen

Von BEOBACHTER | Mit großem Getöse wurde die Sondersitzung des Innenausschusses angekündigt. In den Hauptrollen Bundesinnenminister Horst Seehofer und im Windschatten BAMF-Präsidentin Jutta Cordt. Angesagt war die totale Aufklärung im BAMF-Skandal. Der Berg kreiβte und gebar ein Mäuschen. Es soll nun eine zweite Sitzung geben, drang als mageres Ergebnis durch, als die Scheinwerfer schon ausgestellt waren.

Wer am Dienstag substantiierte Äußerungen erwartete, hatte kaum Erkenntnisgewinn. Waren nun die Rechtsbrüche im Bremer BAMF krimineller Vorsatz, erfolgten sie aus ideologischer Gesinnung, aus Überforderung? Keine klare Antwort. Wurden die Warnhinweise einzelner Bremer Mitarbeiter durch die Nürnberger Zentrale unter den Teppich gekehrt? Fehlanzeige. Rollen Köpfe, und welche? No Comment.

Nur zwischendurch traten die Obleute von CDU und Grünen vor die Kameras, um schon mal Entwarnung zu geben. Da war die Sitzung keine zwei Stunden alt. Seehofer habe umfassend geantwortet, seine Bereitschaft zur vollen Aufklärung unterstrichen. Rechtsbrüche gab es nur in Bremen, sonst in keiner der 77 Außenstellen. Kommt ein Untersuchungsausschuss? Wozu? Man kann die Info-Häppchen glauben, muss es aber nicht. 80 Prozent der Deutschen haben kein Vertrauen in das BAMF. Warum sollte man denen vertrauen, die das Schlamassel angerichtet haben?

Den Atem verschlug einem nur die Chuzpe von CDU-Obmann Armin Schuster, der ganz Deutschland in Geiselschaft für Kontrollverlust, Staatsversagen einschließlich BAMF-Skandal nahm. „Dieses Land hat sich damals gemeinsam entschlossen, so wollen wir agieren“, sagte er zur Willkommenskultur. Es sei nicht das Werk einer Person. Alle hätten mindestens ahnen

müssen, dass es Engpässe inklusive Qualitätsverlust geben würde. [Von PI-NEWS-Lesern wurde diese Dreistigkeit](#) vielfach und entschieden ablehnend kommentiert. Ungewollt lieferte Schuster damit selbst eine Steilvorlage für die Notwendigkeit eines Untersuchungsausschusses, denn die Vorgänge rund um den September 2015 interessieren die Öffentlichkeit brennend.

Auch am Tag danach weitgehend Funkstille. [In der sekundierenden Süddeutschen](#) darf Katrin Göring-Eckardt (Grüne) dilettieren: „Es wurden Fragen beantwortet, einige sind weiterhin offen, weitere sind dazugekommen“. Huiiii, da kann einem ja ganz schwindelig werden, wenn weiterhin so scharf grüne Aufklärung betrieben wird.

Die Regierungsbonzen um die abgetauchte Kanzlerin Angela Merkel nebst Grünen und Linken im Totalausfall-Modus inszenieren derzeit das Hornberger Schießen in Reinkultur. Sie scheuen einen Untersuchungsausschuss wie der Teufel das Weihwasser. Ihr Bestreben ist es, den Bremer BAMF-Skandal als bedauerlichen aber heilbaren „Einzelfall“ darzustellen und die Aufklärung der politischen Gesamtverantwortung mittels Untersuchungsausschuss um jeden Preis zu verhindern. Denn ein Untersuchungsausschuss würde beweisen, was heute schon jeder sieht: Merkels Mantra „Wir schaffen das“ war und bleibt eine Fata Morgana. Das kann ihr am Ende den Kopf kosten und zerstört allen Befürwortern des Merkel'schen Bevölkerungsexperiments die ideologischen Träume. Allen voran den Grünen.

Also wird hinter verschlossenen Türen getagt, bis das Pulver verschossen und die Öffentlichkeit ermüdet ist. Die BAMF-Präsidentin Cordt wird (noch) nicht in die Wüste geschickt, weil sie dazu gebraucht wird. Sie weiß zu viel und könnte Schaden anrichten, ist zu vermuten. Ist sie raus, fehlt auch ein wichtiger optischer Baustein im BAMF-Aufklärungszirkus.

Der Eiertanz insbesondere von SPD und Grünen – mal ja, mal nein – entspringt auch dem Unvermögen der Parteien, belastbare

Gründe vorzulegen, die gegen einen Untersuchungsausschuss sprechen. FDP-Chef Christian Lindner nennt die Argumentation eine Farce, wonach ein Untersuchungsausschuss den Druck vom Kessel nehme. Weder werde durch jetztige Sondersitzungen eine dringend benötigte, lückenlose Aufklärung garantiert, noch verhindere ein Untersuchungsausschuss zusätzliche Maßnahmen zur Aufklärung und Beseitigung der Missstände im BAMF.

AfD und FDP dürfen deshalb nicht locker lassen, weiterhin auf einen Untersuchungsausschuss zu dringen, dessen Auftrag auch die politische Gesamtverantwortung einschließt. Es handelt sich um einen Doppel-Skandal. Wenn die CSU nicht mitzieht, für die erforderliche Viertel-Mehrheit dafür im Bundestag zu sorgen, dann sei sie an die Worte ihres Vorsitzenden erinnert. Es war schließlich Horst Seehofer, der von der „Herrschaft des Unrechts“ sprach. Und dieser Part kann nicht in Sondersitzungen aufgeklärt werden, sondern nur im Rahmen eines unabhängigen Untersuchungsausschusses.



Warum die AfD den Arsch nicht über 15 Prozent kriegt

Von PETER BARTELS | Beim letzten [AfD-Sommermärchen](#) waren es angeblich gerade mal 5000. Obwohl nicht mal die Tagesschau den schwarz-rot-goldenen Lindwurm der 10.000 ganz wegfälschen konnte. Am 19. Februar ließ die WELT die morschen Knochen

erzittern: AfD erstmals mit 16 Prozent VOR der SPD (15,5 Prozent). Von da an ging's bergab. Alle hatten "verstanden" ...

Civey meldete gerade eben: AfD 15,2 Prozent, Minus 0,2 Prozent. Der SPIEGEL vermeldete die AfD letzten Sonntag sogar bei "nur" noch 13 Prozent ... Quadratur der Quanten? Je mehr Menschen für die AfD auf die Straße gehen, desto weniger werden sie von den Auguren gesehen. Meinungsforscher oder Meinungsmacher? Aus Merkels Zentralorgan BILD dröhnte erst im Februar der Flurfunk: Nikolaus Blome, der "Schäl" vom "Tünnes" Jakob Augstein, soll nach dem AfD-Sieg über die SPD gedroht haben: Wenn die Zahlen für die AfD NOCH besser werden, drucke ich sie nicht mehr. Der Wutanfall des Phoenix-Politiclowns soll so laut gewesen sein, dass INSA, die Überbringer der guten/schlechten Nachricht, ihn bis nach Leipzig gehört haben ...

Jedenfalls wird seither auf allen Polit-Theatern nur noch "Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny" von Weill & Brecht gegeben. Die WELT keuchte jüngst sogar jubilierend mit Milchmädchen-Mathe von ["erdrutschartigen AfD-Verlusten"](#) in Sachsen-Anhalt...

Natürlich gibt hin und wieder ein Weiser Nathan den Erklärbar. Meistens mit sorgenzerfurchter Stirn auf irgendeinem Sandmännchen-Kanal zu nachtschlafender Zeit. Der klärt dann empirisch, also "wissenschaftlich", den Mann im Mond auf, Motto: Viele AfD-Wähler lügen bei Umfragen. Sie sagen nicht, was sie wirklich wählen würden ... Daher das schlafende Potential der schlafenden Mehrheit. Das könne man leider nicht vorher "abbilden"... "Stimmt", würde jetzt wieder mal der vorletzte, noch nicht gehirnamputierte Springer-Journalist in Berlin trocken sagen und grinsend aus Merkels neuem "Palast der Republik" gucken.

Stimmt ja wirklich: Wann immer, wo immer Wählern (Menschen ...) ein Radio- oder TV-Mikro unter die Nase gehalten wird, sagen sie, was Merkels Diplom-Journalisten erwarten. Und Merkels ZK

ist spätestens seit 2015 überall. Ob NEUES SÜDDEUTSCHLAND, wie der wunderbare Max Erdinger auf JOUWATCH schrieb ... Beim SPIEGEL-STÜRMER ... Bei der längst in der Wolle rot/grün gefärbten FAZ ... Und immer ist der "passende" Politologe/In, Soziologe/In, Biologe/In, Klimatologe/In, Kriminologe/In, Theologe/In zur Hand ... Non Olet, jedenfalls seit Vespasian vor 2000 Jahren nicht ... Der trotzdem noch murrende bis mürrische Rest wird passend- oder gleich ganz rausgeschnitten: BILD Dir MEINE Meinung ...

Journalismus heute ist ganz einfach. In Rundfunk und Fernsehen noch einfacher: Nichts ist wahrer als der Ton, den man hört, die Bilder, die man sieht. Denn Bilder lügen nicht. Das wusste sogar Leni Riefenstahl, Joseph Goebbels und der Rote Baron vom Schwarzen SED-Kanal. Und bei Wallraff konnten nicht mal "Millionen Fliegen irren" ...

Seit Brexit und Trump ahnen die "Fliegenfänger", dass da offensichtlich eine nicht mehr verschweigbare schweigende Minderheit mehr und mehr zur Mehrheit wird. Weil die Menschen langsam bis längst begriffen haben, wohin sie am Nasenring der vergoldeten Ideologen und Apologeten der Umvolkung gezerrt werden sollen – in die Kammer des grenzenlosen grün-roten Schreckens. Aber da zwischen den Wahlen Allahseidank meistens vier "ewige" Jahre liegen, bleibt ja genügend Zeit, die Wahrheit zu verpuppen. So regiert die frühere SED-Propaganda-Genossin Merkel irre, aber unbeirrt mit stillschweigender "Ermächtigung" aller Alt-Parteien Deutschland zum Sultan in den Orient. Aber selbst die braven, reichen Witwen von Blankenese, Grünwald und Sachsenhausen, von Berlin bis Bielefeld glauben immer noch, wenn sie Schwarz wählen, ist auch Christ drin ... Und bei Tagesschau und Heute fluten sie ihr teures Permanent-Make up tränenreich mit "Brot für die Welt", wenn für halbverhungerte Mohrenköpfchen um Brot gelogen wird: "IHRE kleine Spende kann dieses Kind vor den Tse-tsé-Fliegen retten..."

Die weniger reichen Tee-Witwen dagegen ahnen immer öfter, dass

sie mit ihren letzten Groschen nur für die Goldenen Betten der Stammeshäuptlinge, Präsidenten genannt, zahlen. Oder die leeren Kirchen, die vollen Bäuche der Kreuz-Verleugner füllen und füttern. Aber wirklich "wissen" wollen es viele eigentlich immer noch nicht. Menschen sind nun mal so. Sie werden mit der Angst vor dem Leben geboren, sie sterben mit Angst vor dem Tod. Ihre größte Angst aber ist die Angst vor dem Irrtum. Darum gibt es so wenige Sarrazins, Broders, Steinbachs, Lengsfelds, Matusseks. Menschen, die sich kurz vor der Apokalypse zu sagen trauen: Ich habe mich geirrt!! Wir haben uns alle geirrt ...

Im Mainstream-Journalismus gibt es solche Weisen so gut wie nicht mehr. Grund: Journalisten werden schon mit einem besonderen Gen geboren, dem Unfehlbarkeits-Gen: Ich! Habe! Immer! Recht! Lange vorbei die Zeiten, als sich ein guter Chefredakteur einen Stellvertreter suchte, der das Blatt genauso gut und besser machen konnte. Weil der ihm ständig Feuer unterm Hintern und Sessel macht. Heute? Wer einmal aus dem Goldnapf fraß ...

Auch für den Rest der Mainstream-Elite gilt: Korken schwimmen immer oben. Jedenfalls auf dem Weg zum Meer. Auch wenn das Meer der Ahnungslosen nur so groß ist wie das Mittelmeer. Es ist wie bei Houellebecq oder Orwell: Unterwerfung, Manipulation, Macht. Und darum kriegt die AfD den Arsch noch immer nicht über die 15 Prozent-Hürde:

- Infratest dimap für ARD-DeutschlandTREND im Mai: AfD 14 %, SPD 17% ...
- ZDF-Politbarometer (Forschungsgruppe Wahlen) im Mai: AfD 14%, SPD ungenierte 20%.
- FORSA: AfD 13%, SPD 18% ...

Der Chef von FORSA in Dortmund ist zwar SPD-Mitglied, hat aber etwas Krach mit den neuen Bossen der Genossen. Und INSA, die Wahlforscher aus Leipzig? Die lagen zwar zuletzt bei allen Wahlen immer am besten "richtig", sogar mit der AfD. Doch:

Auch Wahlforscher brauchen Essen und Trinken. Und wenn da ein "Tünnies" droht, er drucke INSA nicht mehr, wenn die AfD-Zahlen NOCH besser werden, ist Feuer unterm Dach. Weil dann am INSA-Büfett Schmalhans Küchenmeister droht.

Wie einst beim berühmt/gefürchteten Wickert-Institut. Bis (endlich) Rudolf, der einzig wahre Augstein, das Sturmgeschütz der Demokratie in Stellung brachte – den SPIEGEL. Der nannte die Tübinger Meinungsforscher schlicht Meinungsfälscher und Meinungs-Macher. Augsteins SPIEGEL ist leider blind geworden ...

PS: Natürlich könnte die AfD die Meinungs-Manipulationen schlagartig beenden. Dazu bräuchte sie allerdings PI-NEWS, JOUWATCH, TICHY's EINBLICK und die ACHSE DES GUTEN ... Die SPD hat den VORWÄRTS und [besitzt halb Presse-Deutschland](#), die CSU den BAYERNKURIER ... Die CDU hat alle, von BILD bis SPIEGEL, GEZ- und Doof-TV.

"So sieht's aus", Alice Weidel ...



Ex - BILD - Chef
Peter Bartels.

[PI-NEWS-Autor Peter Bartels](#) war zusammen mit Hans-Hermann Tiedje zwischen 1989 und 1991 BILD-Chefredakteur. Unter ihm erreichte das Blatt eine Auflage von 5 Millionen. In seinem Buch [„Bild: Ex-Chefredakteur enthüllt die Wahrheit über den Niedergang einer einst großen Zeitung“](#), beschreibt er, warum das einst stolze Blatt in den vergangenen Jahren rund 3,5 Millionen seiner Käufer verlor. Zu erreichen ist Bartels über seine [Facebook-Seite](#)!



Nicole Höchst: Alternative Medien wie PI-NEWS sind ganz wichtig!

PI-NEWS hat auf dem „Neuen Hambacher Fest“ am 5. Mai viele Interviews mit prominenten Vertretern aus dem patriotischen Lager geführt, unter anderem mit der AfD-Bundestagsabgeordneten Nicole Höchst aus Speyer. Im Gespräch mit diesem Blog (die schlechte Tonqualität bitten wir zu entschuldigen) unterstreicht die [islamkritische AfD-Politikerin](#) die Bedeutung der alternativen Medien, die ein Standbein des Korrektivs geben.

Höchst: „Wenn ich lese, was über mich in den Medien verbreitet wird, lach ich mich in den Schlaf. Es ist ganz ganz notwendig, dass es Leute gibt, die Fragen stellen und das dann auch bringen. Ich habe ganz viele Interviews gegeben zu der Kleinen Umfrage zu den Schwerbehinderten. Die insgesamt Sendezeit war unter einer halben Minute und ich hab damit einen halben Tag verbracht. Deswegen ist es notwendig, dass wir miteinander sprechen und dass es alternative Medien gibt, die sagen, was tatsächlich los ist.“

Und Höchst nennt auch ein Beispiel: „Die Informationsveranstaltung zur Erstaufnahmeeinrichtung in Speyer. Da ist mir das Mikro entrissen worden. Ich bin tötlich

angegriffen worden. In den Medien wurde anders berichtet. Wenn nicht jemand, der dort Zeuge war, mitgefilmt hätte, und alternative Medien [dieses Video gepusht](#) hätten, dann würden jetzt alle denken, ich hätte einer Seniorin das Mikro entbunden, was nicht der Realität entspricht.“

Höchst weiter: „Alternative Medien sind furchtbar wichtig und deshalb leiste ich mir auch den Luxus, alternative Medien bei mir in Facebook zu teilen. Ganz selbstbewusst. Weil ich diese Medien lese und mich dort unter anderem informiere und ich finde es ganz ganz wichtig, was Sie da an Arbeit leisten. Ich unterstütze das!“

(Die Videos der Reden auf dem „Neuen Hambacher Fest“ können auf dem [Youtube-Kanal von einGESCHENKt.tv](#) angesehen werden, alle bisherigen PI-NEWS-Interviews vom 5. Mai [finden Sie hier](#) und in der [Cato-Ausgabe 4/18](#) ist das „Neue Hambacher Fest“ Schwerpunktthema)



CDU-Wähler „stalkt“ grüne Lehrerin

Von REALSATIRE | [AKK](#) (Sie wissen schon, das ist die, bei der man sich einen Wolf tippt) wird bekanntlich nicht müde, labile CDU-Wähler vor der AFD zu retten. In Bad Salzdetfurth, einer Kleinstadt im Landkreis Hildesheim, hat die CDU-

Generalsekretärin schon einen schönen Erfolg errungen. Ein 73-jähriger Rentner, der zu 2.800 Euro Geldstrafe verdonnert wurde, weil er eine grüne gutmenschliche Lehrerin (64) beleidigt hatte, nachdem er üble Erfahrungen mit Merkels Selfie-Folgen gemacht hat, hält nämlich trotz allem in Treue fest zur Kanzlerin.

Dem bekennenden CDU-Fan war wichtig, den Richtern des Amtsgerichts seine politische Einstellung und den unerschütterlichen Glauben an die Christdemokraten in den Block zu diktieren. „Mit der AfD habe ich nichts am Hut“, sagte er, „ich bin CDU-Wähler“.

Der frühere Monteur berichtete über seine aufregenden Erlebnisse mit der Willkommens-Kultur seiner Kanzlerin im Sommer 2017. Das heißt, beim Einkauf hatten ihn zwei junge mutmaßliche Araber auf offener Straße von der Last seiner Geldbörse mit 140 Euro befreit. Am nächsten Tag las er von der grünen Lehrerin und ihren gutmenschlichen Vorschlägen zur erfolgreichen Integration der Neubürger. In Rage rief er die Frau an und fragte, was sie denn für ihn zu tun gedenke, der gerade Opfer von mutmaßlichen Ausländern geworden sei. Der Kommentar der Flüchtlingsversteherin fiel seinen Worten zufolge wenig mitfühlend aus: „Sie hat mich abgebürstet und sinngemäß gesagt, wenn ich nicht auf mein Geld aufpassen könne, solle ich eben nicht in die Stadt kommen“, [berichtet die örtliche Zeitung](#). Stimmt nicht, behauptet die Lehrerin, die auch Ratsfrau für die Grünen ist. Aber kann ein so CDU-Mann lügen?

Die harsche Antwort muss auf den CDU-Mann so ansteckend wie die Empfehlung der Kölner Bürgermeisterin Rekers gewirkt haben, bei Gefahr durch Neubürger immer eine Armlänge Abstand zu halten. Jedenfalls trank er sich einen an, die Wut kam hoch und er dachte an seinen Vater, der sein Leben lang gearbeitet habe, verletzt aus russischer Gefangenschaft gekommen sei und „für den auch keiner was getan hat“. Daraufhin soll er die Lehrerin auf Anrufbeantworter mehrfach unflätig beleidigt und

bedroht haben. Neudeutsch spricht man vom „Stalken“.

Was er auch zugab. Nur entschuldigen wollte er sich nicht dafür, da biss die Staatsanwaltschaft bei ihm auf Granit.

Man kann nur hoffen, dass AKK ihren treuen CDU-Wähler in dieser Hinsicht doch noch zur besseren Einsicht bekehrt. Oder er überlegt sich noch mal, wem er bei der nächsten Wahl die Stimme geben wird.



Berlin-Pankow: Mia, Maria, Mireille – Melanie Rehberger ... ?

Von MAX THOMA | Laut der aktuellsten Kriminalitätsstatistik von Bundesinnenminister Horst Seehofer, CSU, gibt es keinen Grund mehr, sich Sorgen zu machen, denn [Deutschland war noch nie so sicher](#) wie im Jahr 2018: In Berlin sind am vergangenen Wochenende gleich zwei Menschen brutal ermordet worden. In Pankow wurde eine Frau tot auf einem Bahngelände gefunden, in Spandau wurde ein Restaurantbesitzer [bei einem Raubmord](#) erstochen.

Melanie Rehberger wurde nur 30 Jahre alt

„Aufgrund der Auffindesituation der Leiche wird von einem

Tötungsdelikt ausgegangen“, so die Polizei. Die 30-jährige erfolgreiche Social-Media-Beraterin Melanie Rehberger war am Samstag vermisst gemeldet worden. Ihre Leiche wurde an einem Bahndamm der S-Bahn Pankow, parallel zur Dolomitenstraße, gefunden. Ihr Wohnort am Prenzlauer Berg liegt nur fünf Minuten vom Tatort entfernt.

Melanie Rehberger wollte sich vergangenen Freitagnachmittag gegen 16.00 Uhr nur schnell einen Kaffee in Pankow holen und sich etwas in die wärmende Maitonne setzen, danach hatte sie einen Geschäftstermin. Doch sie kam nicht mehr zurück. Zwei Tage später [entdeckten Spaziergänger ihre Leiche](#) in einer Grünanlage an der Dolomitenstraße. Vom Täter fehlt bislang jede Spur.

Berliner Polizei: Keine Ortung von Melanies Handy nötig ...

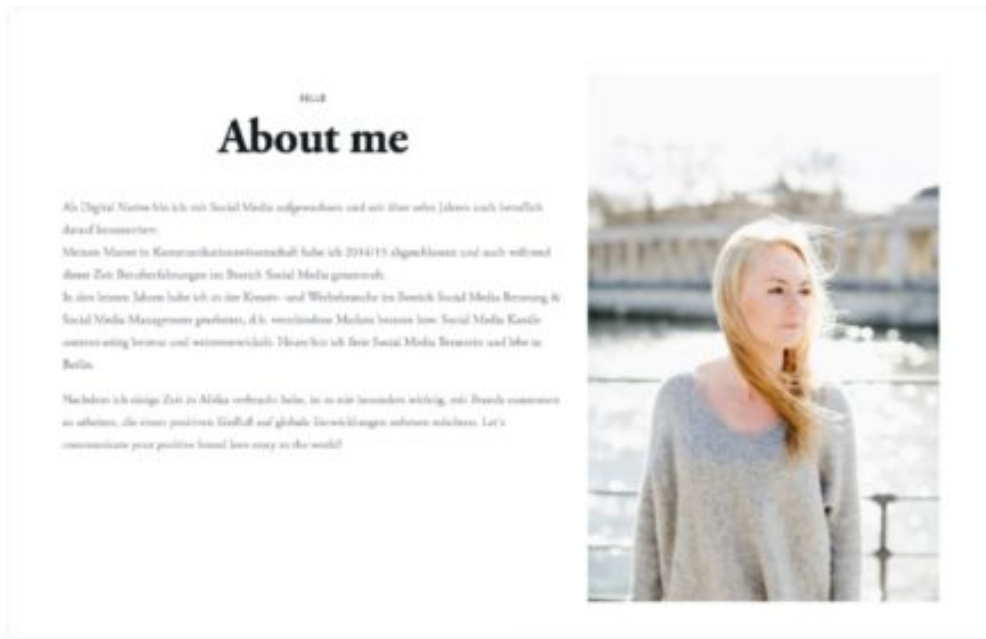
Freunde hatten sich schon wenige Stunden nach ihrem Verschwinden am Freitag große Sorgen gemacht, da sie zu dem Termin nicht erschienen war. Denn die fleissige Schwäbin Melanie Rehberger galt als sehr eigenverantwortlich und auf ihre Arbeit fokussiert. Ihre Freunde hatten schon zu diesem Zeitpunkt ein sehr ungutes Gefühl und wollten ihr Handy von der als sehr zuverlässig geltenden Frau von der Polizei orten lassen. Doch weil es keinen Hinweis auf Suizid „oder ein Verbrechen“ gab, verwies die Berliner Polizei auf die neu in Kraft getretene Bundesdatenschutzverordnung.

Die 30-Jährige war vor wenigen Jahren wegen ihres Studiums von Stuttgart nach Berlin gezogen, machte 2015 ihren Abschluss in Kommunikationswissenschaften und arbeitete in der Bundeshauptstadt seitdem als engagierte Social-Media-Beraterin.

Großes Engagement für die Dritte Welt: Vom christlichen Hilfseinsatz in Afrika zurück

Sie war sehr beliebt und hilfsbereit – „alle mochten die herzliche, aufgeschlossene und sehr fröhliche Frau“: Nach den

Angaben eines Freundes kam sie erst vor wenigen Wochen gesund und mit vielen Erfahrungen von einem christlichen Hilfseinsatz aus Afrika zurück.



Spontan verreist war sie offenbar nicht, persönliche Gegenstände wie Geld und Papiere hatte die junge Frau in ihrer Einzimmerwohnung in Prenzlauer Berg zurückgelassen. Bekannte berichten, dass sich die junge Frau öfter in der Grünanlage an der Dolomitenstraße aufgehalten hat. Nahe dem Bahndamm, direkt am Mauerradweg, hinter der Kleingartenanlage Bornholm II, entspannte sie gelegentlich bei schönem Wetter in der Sonne – ihr Todesurteil im Shithole Berlin.

Ein Flaschensammler entdeckte am Sonntag gegen 11.40 Uhr die Leiche von Melanie auf dem Gelände. „Die Tote konnte schnell als die vermisste Frau identifiziert werden“, erklärte ein Polizeisprecher. Wie die junge Frau zu Tode kam, gibt die Polizei derzeit aus ermittlungstaktischen Gründen nicht bekannt. Die 5. Mordkommission hat die Ermittlungen übernommen.

Bislang ist noch unklar, ob es sich um ein Sexualdelikt handelt, die Gerichtsmedizin geht jedoch von einem Gewaltverbrechen aus. Derzeit wird ihr Freundeskreis genau durchleuchtet, werden Geschäftspartner und Anwohner befragt.

Melanie Rehbergers Mutter ist bereits tot, ihr Vater wird in einem Pflegeheim betreut. Die Bestürzung von Freunden und Anwohnern über den Tod der jungen Frau ist groß.

Parallelen zum Tiergarten-Mord

Seit die Berliner Polizei die [Kontrolle über die meisten städtischen Grünanlagen und Parks faktisch aufgegeben](#) hat, floriert nicht nur dort das Verbrechen in der Bundeshauptstadt – [mit 7.737 Messerattacken pro Jahr](#) !

Das Kapitalverbrechen in Deutschlands Kapitale des Verbrechens erinnert fatal an den „[Tschetschenen-Mord am SchleuseR-Krug](#)“, PI-NEWS berichtete mehrfach über die regelrechte Hinrichtung an der erfolgreichen und hilfsbereiten „Kastellanin“ durch einen Willkommens-Ork. Die Berliner Kunsthistorikerin [Susanne Fontaine](#) wurde im Berliner Tiergarten Anfang September „für 50 Euro und ein Handy“ im September auf dem Heimweg beim Biergarten „Schleusenkrug“ brutal ermordet. Neun Tage später nahm die Polizei in der Nähe von Warschau ihren Mörder Ilyas A. aus Tschetschenien fest. Er erwürgte die lebensfrohe 60-jährige Schoßverwalterin in der Nähe des Bahnhof Zoo.

Der Fall ist für die Berliner Behörden deshalb so brisant, da Ilyas A. bereits längst abgeschoben werden sollte, da er bereits vielfach straffällig geworden war: Der schutzbedürftige Tötungs-Tschetschene kam im Alter von 13 Jahren mit seiner Familie nach Berlin. 2015 stahl er zwei Mountainbikes, einen Rucksack und ein Handy. Er stellte in Berlin einen Asylantrag, ein halbes Jahr später erhielt der „Minderjährige“ eine Duldung bis zum 20. August 2015.

Als Dank an das Gastland Deutschland folgten drei brutale Überfälle auf Berliner Seniorinnen innerhalb von fünf Tagen: Am 25. Juni 2015 beraubte er eine schwerbehinderte 75-Jährige, die er dabei schwer verletzte. Beute: 40 Euro und ein Handy. Er „schubste“ sie gegen eine Wand, woraufhin sie mit dem Kopf auf dem Boden aufschlug. Einen Tag darauf überfiel Ilyas A.

eine 87-jährige Rentnerin und erbeutete dabei 100 Euro. Er hatte ihr mit voller Wucht mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Am 29. Juni erbeutete er bei einer 98-Jährigen (!!) Seniorin eine Tasche mit 200 Euro, wurde allerdings von Passanten (!) verfolgt und von diesen der Berliner Polizei übergeben.

Der prekäre Unrat, der sich seit 2015 in den Berliner Parks eingenistet hat, wird im Zuge der fatalen Willkommens-Kultur des Merkel-Regimes „herzlich begrüßt“ und geduldet. Schließlich [beziehen auch viele Politiker](#) aus dem rot-grünen Linksspektrum in diesen strafrechtlich aufgegebenen Biotopen ihren „Stoff“.

[Bereits 2016 hieß es](#) in einer interne Lageeinschätzung der Polizei zum Görlitzer Park: Die Bilanz bei der Anzahl von Dealern und Konsumenten sei „besonders bitter.“ Die Null-Toleranz-Strategie habe keine Auswirkungen gehabt. „Die Größenordnung der im Görlitzer Park zu beobachtenden Drogenhändler, fast ausschließlich schwarzafrikanischer Abstammung, und der Drogenerwerber ist nach wie vor als konstant hoch einzustufen“.

Ein weiteres Indiz für den völligen Kontrollverlust im deutschen Linksstaat !

Eine Leserin kommentiert in der WeLT zum Mord an Melanie in Pankow – der Kommentar wurde anscheinend vom Axel-Springer-Verlag übersehen und noch nicht gelöscht – wie sonst bei der WeLT üblich:

„Wohne nur wenige Minuten von der Stelle entfernt und habe die Bergung am Sonntag zufällig live mitbekommen, als ich mit dem Rad vorbeifuhr. Seit drei Jahren bin ich abends extrem vorsichtig, nutze z.B. im Dunklen nicht mehr den nahen S-Bahnhof Bornholmer Str. und würde niemals einen Fuß auf das Bahngelände setzen. Gut zu wissen, dass man nun auch tagsüber auf der Hut sein muss. Der Wedding grenzt an diese Stelle und

da ist entsprechendes Klientel unterwegs. Das einst beschauliche Pankow hat sich in den letzten drei Jahren durch gewissen „Zuzug“ auch recht stark verändert.“

Zweiter Mord am Berliner Wochenende: Raubmord an Restaurant-Besitzer

Es war nicht der einzige bisher ungeklärte Todesfall am vergangenen Wochenende in Berlin: In der Nacht zum Sonntag verblutete ein 63 Jahre alter Wirt in Spandau auf dem Gehweg der Straße, in der er wohnte. Er soll bei einem [brutalen Raubmord](#) erstochen worden sein. Derzeit gebe es noch keinen Tatverdächtigen, so die Berliner Polizei.

Die bisherigen Ermittlungen der Mordkommission ergaben jedoch, dass der Mitinhaber eines Spandauer Restaurants auf dem Heimweg war, als er „angegriffen“ wurde. Zeugen, die den Verletzten im Hauskavelweg im Ortsteil Falkenhagener Feld fanden, konnten ihn nicht mehr retten. Die Polizei macht keine Angaben zur Art der Verletzungen.

PI-NEWS wird detailliert weiter über das Kapital-Verbrechen an Melanie berichten.



Dringend: „Erklärung 2018“ erneut unterzeichnen!

Am 16. Mai wurde die [„Gemeinsame Erklärung“](#), initiiert von der Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld, öffentlich dem Vorsitzenden des Bundestags-Petitionsausschusses, Marian Wendt (CDU), als Petition übergeben. Mit der erfolgten Annahme durch den Ausschussvorsitzenden ist die Erklärung nun endlich auch offiziell als Petition anerkannt.

Nach diesem wichtigen Etappensieg muss nun aber auch noch die nächste Hürde genommen werden. Der Weg durch die Institutionen hat begonnen.

Ziel ist eine öffentliche Verhandlung der Petition im Petitionsausschuss. In diesem Fall wird die Sitzung im Parlamentskanal übertragen, der überall im Land empfangen werden kann und in den Mediatheken der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten abrufbar ist.

Um die öffentliche Anhörung durchzusetzen, müssen aber mindestens 50.000 Unterstützer per Brief, Fax oder Registrierung auf der [Webseite des Petitionsausschusses](#) ihre Unterstützung bekunden.

Bei der erneuten Unterzeichnung zur Petition geht es darum, dass bei mindestens 50.000 Unterzeichnern die Petition öffentlich abgehandelt wird, statt hinter verschlossenen Türen.

Dabei müssen Name und Adresse angegeben werden. Briefe und Faxe können mit Referenz zur Petition „Gemeinsame Erklärung 2018“ abgeschickt werden. Jede Unterschrift unterliegt dabei dem Schutz der persönlichen Daten durch den Deutschen Bundestag.

Vielen Leuten ist wahrscheinlich nicht einmal klar oder noch

verständlich, dass sie [nochmals unterschreiben](#) sollen. Gehörten sie doch vielleicht zu den 200.000 Unterstützern der nicht öffentlichen, anonymen Vorbereitungspetition. Als die Erklärung 2018 noch anonym war, haben knapp 200.000 Menschen unterzeichnet.

Jetzt, wo sie offiziell, aber mit namentlicher Registrierung online ist, haben sich bisher nur knapp die Hälfte der erforderlichen 50.000 Menschen getraut, ihren Namen darunter zu setzen. Einschüchterung und Angst herrschen in diesem Land. Das kann kein Faktencheck mehr widerlegen.

Wir dürfen uns aber nicht einschüchtern lassen. Es ist vielleicht die letzte evolutionäre Chance für unser Vaterland. Deshalb müssen wir nun Rückgrat zeigen und möglichst alle [diese Petition](#) unterschreiben!

Wenn nicht jetzt, wann dann?

+++ [Zur Unterzeichnung der Erklärung 2018 geht es hier!](#) +++

Aktuelle Infos von Vera Lengsfeld zur Petition:

- » Wichtige Mitteilung vom [Petitionsausschuss des Bundestages!](#)
- » [Anleitung zum Ausfüllen](#) der Maske des Bundestags
- » Erklärung 2018: Der Server des [Bundestages schwächelt und das Fax streikt](#)



JF-TV Reportage: Linker Hass und bunter Wahnsinn

Böse AfD, gute linke Gegendemonstranten. So plump war einmal mehr flächendeckend die Berichterstattung – dieses Mal über die Großdemonstrationen am Sonntag in Berlin. Dabei verschweigen viele Medien, wie es im Regierungsviertel wirklich zuging. Denn ein Blick auf beide Lager zeigt: Der Haß auf der Straße kam einmal mehr von links. Eine JF-TV Reportage über das andere Gesicht der angeblichen Vorkämpfer für eine „bunte“, „tolerante“, „weltoffene“ Gesellschaft.

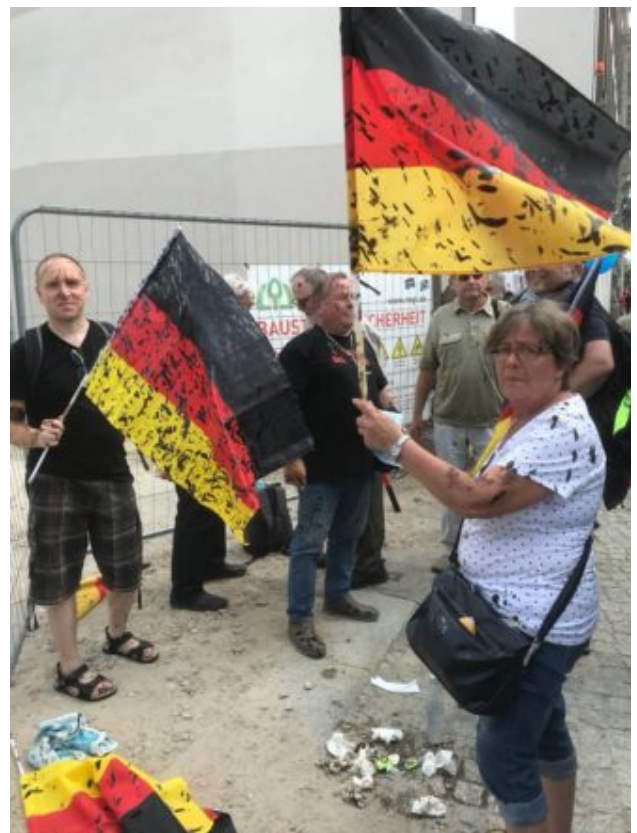
Ein schönes Exempel des friedlich-bunten Protests sandte ein Leser an [Michael Klonovskys Acta Diurna](#):

Man findet das [Foto](#) [siehe unten] auf Facebook; diese Leute mit ihren monochromen Fahnen sind von Buntheitsverbreitern ein bisschen coloriert worden. In Leipzig griffen Vermummte einen Bus an, der „50 Rechtspopulisten“ (*Bild*) nach Berlin bringen sollte. Mit demoliertes und beschmierter Frontscheibe konnte der Wagen die Reise nicht antreten. „Die ‚besorgten‘ Leipziger hatten einen Bus gechartert, waren gegen 8 Uhr am Hauptbahnhof gestartet. Weit kamen sie nicht“, höhnt das Springer-Blatt in seinem verlässlich sadistischen Modus und setzt hinzu: „Ob Linke für den Anschlag auf den Bus verantwortlich sind, ist völlig unklar.“ Es kann ja auch der Mossad oder die Wehrsportgruppe Hoffmann gewesen sein.

Eine Journalistin, die auf dem Heimweg „zufällig in die Abreise der Demonstranten hineingeraten“ ist, schickte mir folgende kurze Schilderung: „Aus dem Westen der Stadt kommend, fuhr ich mit der S-Bahn gegen 16.35 Uhr in den Berliner Hauptbahnhof ein. Die Türen öffneten sich, ein ohrenbetäubendes Geschrei ertönte: ‚Niemand mag die AfD!‘ Um zu sehen, was los war, stieg ich aus. Eine Zehnerguppe von Polizisten in schwerer Kleidung und mit Helmen rannte auf eine

Gruppe junger Leute zu, die versucht hatten, einen S-Bahn-Waggon zu besteigen. Es handelte sich, dem Äußeren nach, um linke Demonstranten oder auch Antifa-Anhänger. Zugleich stieg eine Gruppe von Fahrgästen mit blauen T-Shirts und Deutschlandfahnen in den Händen aus der gegenüber eingefahrenen S-Bahn. Einige Männer um die 40, sehr viele Rentner. Auch Frauen darunter. Die Polizei stellte sich als Block vor sie.

Allein auf diesem S-Bahnsteig waren mindestens 50 Polizisten im Einsatz. Ich blickte in die Tiefe: Dort standen weite 50 bis 70. Eine schreiende Menschenmenge hatte dort unten sich versammelt; ich schätze sie auf mindestens 200 Personen, Linke beziehungsweise Alternative. Sie blockierten die Treppen; vermutlich wollten sie die AfD-Anhänger hindern, ins Erdgeschoss zu kommen. Beide Enden der Treppe waren von Polizisten versperrt.



Unverdrossen: Teilnehmer der AfD-Demo in Berlin nach dem Farbanschlag von

Buntheitsverbreitern.

Von den AfD-Anhängern ging, soweit ich beobachten konnte, keine Aggression aus. Neben mir redeten vier Beamte gleichzeitig auf einen Senior von etwa 75 Jahren ein, er möge seine Deutschlandfahne einrollen, es sei sicherer so. Einem Mann um die 50 in Bürokleidung rieten sie, auf dem oberen Bahnsteig zu bleiben, bis sich alles wieder beruhigt habe. Der Bahnsteig füllte sich zusehends, da ja niemand entweichen konnte, auch nicht die Rentner, die unbedingt ihren Zug im Kellergeschoss des Bahnhofes bekommen wollten.

Im Erdgeschoss des Bahnhofes, in der schreienden Menge, bahnte sich eine junge Mutter mühsam den Weg mit ihrem Kinderwagen; niemand wich ihr aus. Eine schöne junge Frau hielt ein Transparent in die Höhe ,Imagine all the people living life in peace.' Neben mir im ersten Stock standen vier etwas derangiert wirkende Gegendemonstranten, es roch stark nach Spirituosen. Einer der Männer reckte beide Mittelfinger in die Höhe. Allerdings, da er so betrunken war, in die falsche Richtung; die AfD-Anhänger waren ja auf dem anderen Gleis eingefahren. Gleich neben ihm drei junge Leute Anfang 20 in Partystimmung; sie amüsierten sich über die Angst in den Gesichtern der Deutschlandfahnenträger gegenüber.

Ein Polizist sprach in sein Headset, er wollte wissen, wie es gelingen könnte, die AfD-Anhänger ungefährdet aus dem Bahnhof zu bekommen. Wie es weiterging, weiß ich nicht. Da ich den Bahnhof nicht zu Fuß verlassen konnte, bin ich mit der S-Bahn wieder fortgefahren. Ein Beamter hatte mir das geraten. Zuhause angekommen suchte ich im Internet nach Meldungen über diese oder ähnliche Szenen. Nichts. Nur Bilder mit fröhlichen Leuten und ihrem ,fantasievollen Protest.'“



Frontscheibe geteert:
Anschlag von
Linksextremisten auf einen
Bus mit AfD-Anhängern in
Leipzig.

Die steuerfinanzierten Hassbekämpfer der Amadeu-Stiftung frohlockten derweil via Twitter: „Direkt auf der anderen Seite des AfD-Aufmarschs steht schon der Gegenprotest. Sprechchöre: ‚Ganz Berlin hasst die AfD.‘ Und das ist erst der Anfang für heute“ (interessanterweise unter dem Hashtag „StopptDenHass“; „LoveParade“ hätte aber auch gepasst). Man darf unter solchen Umständen staunen, dass überhaupt 5000 Unerschütterliche die Courage gezeigt haben, sich dem alimentierten und von journalistischen Habitus-Nazis termingerecht [angefeuerten](#) Mob auszusetzen. Ich wette jedenfalls meine Stalin-Werkausgabe, dass von den 25.000 Krawallmachern nicht einmal jeder zehnte zu den Nettosteuerzahlern gehört, denn ein solcher will sich am Wochenende ja erholen und nicht krakeelen. Der Typus „Gegendemonstrant“, der hier tatsächlich ja im Auftrage des Staates und der Blockparteien agierte – die Mengenverhältnisse

waren Anfang Oktober 1989 ähnlich –, ist mir zutiefst suspekt. In allen pseudo- und semitotalitären Systemen gehört die Herrschaft über den öffentlichen Raum durch gedungene juvenile Schikane- und Schlägertrupps und die Verdrängung der Opposition in (vorerst) ihre eigenen vier Wände zum Standard. Das beste Deutschland, das es je gab, nähert sich Schritt für Schritt solchen Verhältnissen.

PS: „Aber es ist doch nichts passiert!“ Denken Sie sich nur die Polizei weg, und Berlins Notaufnahmen wären heute voll gewesen.



Lübeck: Grüne verschieben durch Trick Machtverhältnis

Von CHEVROLET | Dass die alte Hansestadt Lübeck im schönen Schleswig-Holstein ein Musterbeispiel für Demokratie und den Kampf gegen „Rääächts“ ist (also gegen die AfD), weiß man ja längst. Da werden Zugänge zu AfD-Wahlkampfveranstaltung mit städtischer und polizeilicher Duldung zum Teil blockiert, damit den Besuchern, die sich über die Politik einer nicht genehmen Partei informieren wollen, ein [Spießrutenlauf nicht erspart wird](#). Es werden Privatadressen von AfD-Kommunalwahlkandidaten an die Merkel-Jugend („Antifa“) gegeben, [um Druck auszuüben](#) oder Bürgerwünsche völlig ignoriert und eine [riesige](#)

[Asylbewerberunterkunft](#) in eines der ruhigsten Stadtgebiete gebaut, direkt gegenüber einem Pflegeheim und einem Viertel mit überwiegend älteren Menschen.

Auch gibt es ja in Lübeck praktisch keine Kriminalität der „Flüchtlinge“. Politisch korrekt taucht nämlich in keinem Polizeibericht mehr die Nationalität der Täter auf.

Dass politisch heftig gekungelt und geschachert wird und eigentlich nichts richtig funktioniert in der Hansestadt, ist nur noch eine Randnotiz.

Lübecker Lachnummer mit ernststen Absichten

In Lübeck sitzt tatsächlich ein „Politiker“ der Satirepartei „Die Partei“ im Stadtrat, der hier Bürgerschaft heißt. 2,5 Prozent der Stimmen bekam die Ach-so-lustige Partei, gerade mal weniger als die Hälfte der Stimmen, die die AfD erhielt. 1.511 Lübecker wählten Bastian Langbehn, den „Spitzenkandidaten“. Doch der sollte ein Einzelkämpfer sein, denn selbst in Lübeck gibt es keine Ein-Mann-Fraktion. Ob aus Angst vor Langeweile oder dem Wunsch nicht von allem ausgeschlossen zu sein, erklärte Langbehn jetzt, dass er sich der Fraktion der Grünen in der Bürgerschaft anschließen werde, wie das [Online-Medium HL-live](#) meldet.

Nun mag man ja schmunzeln, dass jemand von einer Satirepartei Aufnahme bei den Grünen findet, aber so unernst ist die Sache gar nicht.

Die wahren Gründe

Erstmal gab es Gejubel bei den Grünen: Michelle Akyurt, die Fraktionsvorsitzende erklärt die Realsatire:

„Für uns ist die Aufnahme Bastian Langbehns ein Zeichen gegen die Zersplitterung der Bürgerschaft. Wir geben Bastian Langbehn und einigen Mitstreitern von seiner Partei die Möglichkeit, in den Ausschüssen der Bürgerschaft mitzuwirken.“

Die Fraktion erhält durch das weitere Mitglied keine zusätzlichen Gelder aus der Stadtkasse. Es handelt sich auch nicht um eine Vereinigung zwischen beiden politischen Kräften. Bastian Langbehn wird trotz Mitwirkung in der Grünen Fraktion weiter Mitglied bei „Die Partei“ bleiben.

Wir freuen uns, dass wir damit zugleich einigen weiteren Leuten, die nicht Mitglied der Grünen sind, die Möglichkeit eröffnen, in den Ausschüssen der Bürgerschaft weiter mitzuwirken. Die die Mitwirkung von bürgerlichen Mitgliedern bei der Ausschussarbeit tut der Kommunalpolitik gut. Die Grüne Fraktion hatte immer schon die Tradition, für Bürgerinnen und Bürger ohne Parteibuch der Grünen offen zu sein. Sicherlich ist das auch ein Experiment, denn „Die Partei“ ist als eine Satire-Partei bekannt, was sich von unserem Kurs deutlich unterscheidet. Wir werden zu angemessener Zeit auswerten, wie die Zusammenarbeit in der Fraktion läuft. Das gilt für beide Seiten.“

Das wirklich Interessante:

Einen schönen Nebeneffekt hat die Sache: Durch den Beitritt von Bastian Langbehn zur Grünen Fraktion wird sich auch die Besetzung in den Ausschüssen der Bürgerschaft verändern. Eine immer noch mögliche Koalition von SPD und CDU verliert so voraussichtlich die absolute Mehrheit in den Fachausschüssen der Bürgerschaft. Damit wäre gesichert, dass es in den Ausschüssen auch auf die anderen Parteien ankommt. Wenn es zum Beispiel darum geht, kritische Themen bei der Ausschussarbeit zu berücksichtigen.

Durch dieses Hin- und Hergeschachere einer nicht ernst zu nehmenden Partei und der Grünen (oder soll man beide nicht ernst nehmen?) verschieben sich die Machtverhältnisse in den Ausschüssen der Bürgerschaft – zugunsten der Grünen natürlich. Mit anderen Worten: Die Entscheidung der Wähler wird

ignoriert. Aber ... das ist eben Lübeck.